

Für eilige Notizen

am Montag morgen.

Berücksichtiger englischer Abteilungen, im unteren Stellung bei Freisingen einzudringen, würden verteilt.

Nordwestlich von Halkasch beichten unsere Truppen nach erfolgreicher Sprengung den Trichter.

Bei der Eroberung eines feindlichen Grabens südlich des Hartmannswellerloches fielen über 300 Gefangene in unsere Hand.

Bei Friedensstadt scheiterte ein über das Eis der Tana geführter russischer Angriff, an anderen Seiten der Front wurden schwächer russische Abteilungen zurückgeworfen.

In Ongalizien dauert die heftige Schlacht fort; zahlreiche starke russische Angriffe brachten unter sehr schweren Verlusten der Angreifer zusammen.

Die R. n. R. Regierung veröffentlicht Dokumente über die englische Willkürpolitik gegenüber Griechenland.

General Sarraff hat die Konfus der Bierbundsmächte in Saloniki verboten lassen; Griechenland hat darüber in Paris und London protestiert.

Die englische Regierung hat die Zwangsliquidation aller deutschen und österreichischen Firmen in Aegean verfügt.

Die bulgarische Sobranie hat den Antrag verhindert, Bulgarien mit Deutschland und Österreich-Ungarn endgültig angenommen.

Der englische Postdampfer „Persia“ ist bei Crete torpediert worden.

Wetteranzeige der amt. sächs. Landeswetterwarte: Wolkig trüb, zu warm, zeitweise Niederschläge.

haben, wenn Sie diese Zeilen zu Gesicht bekommen werden. Die Griechen sind ein verdächtiges Volk (a despotic little race).

VIII. Aus einem Briefe des Mr. G. Mitglied des britischen Gesandtschaft in Athen, an Mr. L. G. Beamten des Auswärtigen Amtes in London, d. d. Athen, 1. Dezember 1915: Wir befinden hier in einem schauerlichen Durcheinander, und es wäre leicht möglich, dass wir Weihnachten in England verbringen werden, nachdem es uns gelungen sein wird, das Unvorhersagliche zu erreichen: den Bruch zwischen Griechenland einerseits und Frankreich und England andererseits. Es wird sehr unangenehm sein, wenn wir gehen müssen, da wir natürlich die kleinen Vorbereitungen nicht bewerkstelligen können dürfen. Nachdeutungen glaubt ich nicht, dass es dazu kommt. Aber es stehen noch manche unerfreuliche Tage bevor, bis wir erreichen, was wir wollen, das ist: freie Hand in Saloniki und in Griechisch-Makedonien, wie in unserem eigenen oder benedestland vorzugeben, ohne die aus diesen Gebieten behindernden einheimischen Truppen.

IX. Aus einem Briefe A. Dr. G. Mitglied des britischen Gesandtschaft in Athen, an Sir M. G. von der englischen Botschaft in Washington, d. d. Athen, 1. Dezember 1915: Ich glaube, es ist die militärische Kraft Deutschlands, welche den türkischen, bulgarischen und griechischen Generalstab impressioniert. Sie haben kein Vertrauen in unsere Armee. Sie haben bisher auch wenig Grund gehabt, ihr Vertrauen entgegenzubringen. Die Frage liegt jetzt dar: werden wir die Saloniki- und die Dardanellen-Expedition fortsetzen? Niemand kann jetzt wissen, was noch Kitchener's Rückkehr in London und Paris beschlossen werden wird. Ich hoffe, dass es möglich sein wird, genug Kräfte auf den Balkan zu senden, um Rumänien Mut zu machen, vielleicht auch dem armen steinmütigen Griechenland, damit sie sich uns anschließen und so den deutschen Vormarsch nach Kleinasien und noch weiter zum Sieben zu bringen. Hier bemühen wir uns, den Import von Nahrungsmitteln, Kohle und Öl zu kontrollieren, um in der Lage zu sein, jederzeit auf Griechenland einen Druck auszuüben. Anderseits haben wir mit der Möglichkeit zu rechnen, die Zivilbevölkerung von Saloniki im Belagerungsfalle mit Nahrungsmitteln versorgen zu müssen, ein kompliziertes Problem. (W. T. B.)

Verhaftung der Bierbundskonsuln in Saloniki.

Die Londoner „Evening News“ meldet aus Saloniki vom 30. November: Nach einem Raufangriff auf Saloniki (?) hat General Sarraff Befehl gegeben, die Konsuln der feindlichen Staaten in der Stadt mit ihrem Personal und ihren Familien zu verhaften. Englische und französische Truppen umringten die Konsulate und führten die Verhafteten nach dem Hauptquartier, von wo sie auf ein Kriegsschiff gebracht wurden. General Sarraff hat den griechischen Behörden hierauf Mitteilung gemacht.

(Von dem Vertreter von Wolffs Telegraph. Bureau.) Die Alliierten bezeichnen die Verhaftung des deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Konsuls in Saloniki, die mit ihrem Personal und ihren Familien auf ein Kriegsschiff gebracht worden sind, als Bezeugungsmaßregel für den Kriegsangriff auf das Kriegsgefecht bei Saloniki.

Die Agence Havas meldet aus Athen: Die Konsuln des Deutschen Reichs, von Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien sind an Bord des französischen Großlinienschiffes „Patrie“ gebracht worden.

Die „Times“ meldet noch aus Athen, dass die Konsuln der Mittelmächte, die in Saloniki verhaftet wurden, mit dem Personal zusammen 62 Personen zählen. Der bulgarische Konsul war nicht zu finden; er ist nicht verhaftet worden. (W. T. B.)

Eine gemeinsame Schrift des Bierbundes in Athen.

Agence Havas meldet aus Athen: Die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei haben bei der griechischen Regierung einen gemeinsamen Schritt wegen der Verhaftung ihrer Konsuln in Saloniki unternommen. Der Ministerpräsident Sturdza antwortete, dass die Regierung schon bei dem Pariser und Londoner Kabinett Einspruch erhoben habe. (W. T. B.)

Ein griechischer Protest.

(Meldung des Neuerischen Bureaus.) Griechenland hat gegen die Verhaftung der Konsuln in Saloniki, welche eine Verletzung seiner Souveränitätsrechte nennt, protestiert. (W. T. B.)

Der Vertreter von Wolffs Telegraph. Bureau in Sofia erläutert aus bester Quelle: Die völkerrechtswidrige Verhaftung der Konsuln der Mächte des Bierbundes in Saloniki durch die Franzosen hat in Athen eine hochgradige Erregung hervorgerufen, da der neueste Übergriff des Bierverbandes nicht nur, wie bisher, die Interessen des Landes beeinträchtigt, sondern sogar die Ehre des griechischen Staates anstößt. Die griechische Regierung hat sofort energische Maßnahmen ergriffen, um sich Benutzung zu verschaffen. Einemal haben die griechischen Behörden sofort vom General Sarraff die Freilassung der festgenommenen verlangt und griechische Offiziere und Gendarmen mit der Bewachung der Konsulatgebäude beauftragt, anderseits hat die griechische Regierung in Paris und London energisch Verhandlung eingeleitet und auf das nachdrücklichste vor allem die Auslieferung der Konsuln und ihres Personals verlangt. General Sarraff hat geantwortet, er habe die Maßregel nur aus militärischen Gründen vorgenommen. Er könne nur auf Befehl aus Paris, wohin er über den Vorfall berichtet habe, die Freilassung bewirken. Die griechische Regierung ist um so peinlicher überzeugt, als die Vertreter des Bierverbandes hier in aller Form versichert hatten, dass sie nicht an eine Vertreibung der Konsuln des Bierbundes aus Saloniki dachten und dass sie die griechische Regierung, wenn etwas Derartiges beschlossen werden sollte, vor der Ausführung des Beschlusses davon benachrichtigen würden. Der Vorwand des Fliegerangriffes ist nichtig, weil der Angriff auf das verlassene englisch-französische Lager und nicht auf die griechische Stadt Saloniki gerichtet war. Die griechische Regierung findet in ihrer letzten Haltung einen festen Rückhalt an der Bevölkerung, die ohne Unterschied den Vorfall des Übergriffs des Bierverbandes als eine gewaltige Verletzung der griechischen Neutralität und des Völkerrechtes ansieht.

Die Wehrpflichtfrage in England.

Meldung des Neuerischen Bureaus vom 31. Dezember: Heute wurden zwei Kabinettsitzungen abgehalten.

Die erste dauerte zwei Stunden. Alle Mitglieder des Kabinetts waren anwesend. Man glaubt, dass die Minister sich eingehend mit der Dienstpflichtfrage beschäftigen. (W. T. B.)

(Meldung des Neuerischen Bureaus.) „Evening Standard“ schreibt, es sei keine Kabinettsitzung mehr zu befürchten.

Man müsse aber noch mit der Möglichkeit rechnen, dass einige Minister abdanken werden.

„Westminster Gazette“ schreibt, man könne aus verschiedenen Anlässen schließen, dass die Einigkeit im Kabinett erhalten bleiben werde. — Auch von möglicher Seite wird erklärt, dass noch der letzte Kabinetsberatung keine

Wehrpflichtlichkeit für eine Ministerfrist bestehen. Man

habe sich dahin geeinigt, dass Aquithus' Versprechen eingehalten werden müsse.

Wenn der Gesetzentwurf im Parlament zur Sprache komme, werde er auch von den Mitgliedern der Regierung unterstützt werden, deren Haltung bisher zweifelhaft war. Zweifelhaft sei allein

die Haltung Hendersons, dessen Stellungnahme von den Behörden der bevorstehenden Arbeiterversamm-

lung einer weiteren Neuer-Meldung namentlich der politische Zustand fortwährend die Aufmerksamkeit in Anspruch. Es sei wenig Veränderung eingetreten. Henderson erklärte, er habe der Arbeiterpartei empfohlen, die Regierung zu unterstützen. Das Kabinett trete zusammen, um den Gesetzentwurf zu formulieren. Es sei voreilig, zu sagen, dass bereits Einzelheiten festgestellt seien, aber ein von einem Sachmann gemachter Entwurf habe bei allen Ministrern die Niede gemacht. Was Mac Nenna, Munciman, Simon und Harcourt tun würden, sei ungewiss. Sie hätten miteinander verhandelt und würden, was sie immer unternehmen sollten, jedenfalls gemeinsam vorgehen. Es beständen jedoch noch Gründe für die Annahme, dass keiner seinen Abschied nehmen würde. Welche werde von den Einzelheiten des Gesetzentwurfs abhängen. Sie wären, ob die finanziellen und Handelsinteressen den Menschen vertragen könnten. Ihre Haltung werde vor allem davon abhängen, wie das neue Gesetz aussieht werde. (W. T. B.)

Die Haltung der Arbeiter.

Der „Neue Rotterdamer Courant“ meldet aus London: Wie berichtet wird, ist die Versammlung der Arbeiterpartei, in welcher Henderson seine Erklärung abgab, zu keinem Beschluss gelangt, sondern sie hat dafür entschieden, die Entscheidung der bevorstehenden Arbeiterversammlung, die für Donnerstag einberufen ist, zu überlassen. Am Tage vorher wird der Gesetzentwurf im Unterhaus eingereicht werden. Weiter wird gemeldet, dass die Ansichten in der Versammlung geteilt waren. (W. T. B.)

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: In der Konferenz der Arbeiterpartei wurde Hendersons Erklärung zwar ähnlich und fühl aufgenommen. Der Korrespondent versichert, dass Mac Nenna und Munciman bereits ihre Demission angeboten haben. Wenn sie dabei bleiben, wird Henderson ihrem Beispiel folgen, da die Arbeiterpartei die Dienstfahrt von einem neuen Kabinett nicht annehmen will. Aquiths Stellung würde dadurch noch schwächer werden, als sie bereits ist. (W. T. B.)

Der Unterseeckrieg.

(Neuer-Meldung.) Der Postdampfer „Persia“ der Peninsular and Oriental Line wurde am 30. Dezember bei Crete torpediert. Die Mehrzahl der Passagiere und der beratlichen Bevölkerung ist umgekommen. Nur vier Boote vermochten den Dampfer zu verlassen, deren Insassen nach Alexandria gebracht wurden. Unter den 200 Passagieren sind drei Amerikaner. — Die „Persia“ umschiffte 7951 Tonnen. (W. T. B.)

Reuter meldet: Die Besetzung des Dampfers „Persia“ betrug 300 bis 300 Köpfe, größtenteils Passagieren. Wenn also vier Boote selbst mit der Höchstzahl von 80 Insassen gerettet wurden, müssen immer noch 200 Personen umgekommen sein. Unter den an Bord befindlichen Amerikanern befand sich auch der amerikanische Konsul von Aden. Die Peninsular and Orient Line stellt mit, dass die „Persia“, die am 30. Dezember von London nach Bombay abfuhr, eine sehr große Brief- und Paketpost mitführte. Sie hatte aber nur wenig Ladung und sicher kein Kriegsmaterial oder Truppen an Bord. (W. T. B.)

Das Reuterse Bureau meldet aus Washington: In amtlichen Kreisen habe man den Bericht von der Torpedierung des Dampfers „Persia“, bei der vielleicht Amerikaner zugrunde gegangen seien, mit Staunen empfangen. Es sei gerade in dem Augenblick gekommen, als die Erledigung der „Ancona“-Anglegenheit unmittelbar bevorzusehen schien. Das Staatsdepartement sei offenbar geneigt gewesen, den Verlauf der Verhandlungen mit Österreich-Ungarn günstig zu beurteilen. Es besteht wenig Zweifel, dass der letzte Vorfall zu einer neuverierten diplomatischen Aktion führen werde. Die Vereinigten Staaten dürfen Österreich-Ungarn nochmals darauf verweisen, dass die Einhaltung des Völkerrechts und der Gelehrte der Menschlichkeit ihre unabdingliche Politik bilden. Der amerikanische Konsul in Alexandria erhielt den Auftrag, sofort alle verlässlichen Informationen zu sammeln. (W. T. B.) — Da das Reuterse Bureau die Torpedierung des Dampfers „Persia“ bemühten würde, um Stimmung gegen Österreich-Ungarn zu machen, war voraussehen.

Clouds meldet: Der britische Dampfer „Abelia“ ist versenkt. (W. T. B.)

Der Untergang des Kreuzers „Ratal“.

Die „Times“ meldet über die Explosion auf dem Kreuzer „Ratal“: Sie stand am Donnerstag nachmittag still und war mit etruschen Verlusten an Menschenleben verbunden. Wie gemeldet wird, sind von der 704 Mann starken Besatzung ungefähr 300 Offiziere und Matrosen umgekommen. Das Schiff lag im Hafen. Die eigentliche Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt. Amtlich wird mitgeteilt, dass der Kreuzer durch eine Explosion im Innern zerstört worden ist. Der Ort, wo sich das Unglück ereignete, wird verschwiegen. (W. T. B.)

Die englische Admiralität veröffentlicht die Namen von 14 Offizieren und 273 Mann, die bei der Explosion des Kreuzers „Ratal“ mit dem Leben davongekommen sind. (W. T. B.)

Die letzten englischen Verlustlisten

enthalten die Namen von 38 Offizieren und 1298 Mann.

Die englische Militär zur See.

Die Post das holländische Dampfer „Nembrand“ ist von den Engländern beschlagnahmt worden. Der Kapitän fügte sich unter Protest. (W. T. B.)

Der „Rotterdam Courant“ meldet aus New York: Wie aus Washington berichtet wird, befanden sich unter den Passagieren, welche die Engländer von niederländischen und Islandischen Schiffen holten, auch Briefe des deutschen Auswärtigen Amtes an den Grafen Bernstorff. Man erwartet, dass die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Einbehaltung der Postlizenzen protestieren wird. (W. T. B.)

(Durch Ankündigung vom New Yorker Privatkorrespondenten des W. T. B.) Wie die „Associated Press“ mitteilt, stand zwischen dem Staatssekretär Lansing und dem holländischen Gesandten in Washington eine Unterredung bezüglich der Beschlagnahme der holländischen Postlizenzen nach den Vereinigten Staaten statt. Der Engländer wurde dahin beschieden, dass vor Eintreffen irgendwelcher Informationen seitens des amerikanischen Botschafters in London Mr. Page oder einer ausführlicheren Auskunft seitens anderer amtlicher Stellen, als sie gegenwärtig vorliegt, das Staatsdepartement keinerlei Entscheidung treffen könnte. (W. T. B.)

Eine neue englische Gewaltakt.

Aus einer Quelle erhalten die „Neuen Zürcher Nachrichten“ die Meldung, dass nach aus Angaben eingetroffenen persönlichen Berichten die englische Regierung die Swans liquidation aller Firmen in Neapel verfügt hat und durchführt, deren Inhaber oder Teilhaber deutscher oder österreichischer Nationalität sind. Die Liquidation vollzieht sich so, dass ein Beamter der Regierung die Bilanz der Firma aufnimmt; dann folgt das Insolvenz der nichtnationalen Aufenthalts. Aus den Eingängen werden die englischen Gläubiger der Firma bestreift. Der Recht wird auf einer Bank depoziert. Die Forderungen an englische Firmen werden vernichtet, ebenso die Geschäftsbücher.

Das Blatt bemerkt dazu: Diese neueste Maßregel stellt alle bisherigen Gewaltakte auf privatwirtschaftliche Gebiete in den Schatten; dagegen sind die Seizechungen, wie sie bisher vollzogen wurden, eine wahre Wohltat. Durch die Liquidation werden die Großkaufleute in Neapel ganz oder teilweise ruinirt. Wie soll es bei einer solchen Verwilderung der Kriegspraxis enden?